

30.05.2020

Gemeinsame Medieninformation

Wasserstoff: Chemie-Sozialpartner empfehlen koordiniertes Vorgehen

Wasserstoff wird zukünftig eine zentrale Bedeutung haben – in der chemischen Produktion und als Energieträger. Um zukünftig umweltverträglich die Versorgung zu sichern, braucht es aus Sicht der IG BCE Rheinland-Pfalz/Saarland und der Chemieverbände Rheinland-Pfalz ein koordiniertes Vorgehen von Wirtschaft und Politik.

Felix Krumbholz/H2 MOBILITY



Um die klimapolitischen Ziele der Europäischen Union und der Bundesregierung zu erreichen, sind neue Technologien notwendig. Und die chemische Industrie ist die Schlüsselbranche. Wasserstoff kann in allen Sektoren eingesetzt werden und bietet die Chance, den CO₂-Footprint langfristig zu verringern. Speziell in der Chemie ist er nicht nur Energieträger, sondern auch Rohstoff. Um die benötigten Mengen an Wasserstoff zukünftig zur Verfügung stellen zu können, braucht es umfangreiche Forschungsprogramme und Infrastrukturmaßnahmen sowie Technologieoffenheit. Viele Maßnahmen benötigen eine lange Vorlaufzeit, weswegen jetzt wichtige Weichen gestellt werden müssen.

„Um Wasserstoff nachhaltig und effektiv nutzen zu können, müssen alle betroffenen Industriebranchen und die Politik an einen Tisch. Uns stehen tiefgreifende Veränderungen der industriellen Produktionsprozesse und Wertschöpfungsketten

bevor“, betont Bernd Vogler, Hauptgeschäftsführer der Chemieverbände Rheinland-Pfalz. „Ohne Wasserstoff wird die Energiewende nicht gelingen. Unsere Branche mit tariflich gutbezahlten Arbeitsplätzen und einem hohen Maß an Sozialpartnerschaft ist nicht nur systemrelevant, sondern der Schlüssel zum Gelingen der Transformation. Insbesondere der Aufbau einer eigenen Wasserstoff-Infrastruktur ermöglicht erst eine breite Nutzung in der Chemie- und Stahlindustrie sowie in Brennstoffzellen“, ergänzt Roland Strasser, Landesbezirksleiter der Gewerkschaft IG BCE für Rheinland-Pfalz und Saarland.

Infrastrukturmaßnahmen müssen jetzt geplant werden

Bei der Nutzung der Gasleitungen muss beachtet werden, dass insbesondere bei den Fernleitungsnetzen eine getrennte Infrastruktur notwendig ist. Die Nutzung bestehender Gasleitungen für den Transport von Wasserstoff ist eine Lösung mit begrenzten Möglichkeiten. „Wenn sich Gase mischen, hat das Auswirkungen auf die Sicherheit und die Qualität der Gase“, so Vogler. So lässt Wasserstoff die Leitungen aus Stahl schneller altern und macht diese anfälliger. Zudem verändern sich die Produkteigenschaften, wenn zum Beispiel Methan und Wasserstoff gemischt werden.

Für eine eigene Infrastruktur müssen notwendige Gesetzesänderungen zwingend auf den Weg gebracht werden, um spätestens ab 2025 den Wasserstoff im notwendigen Maße transportieren und speichern zu können. „Wir brauchen moderne und verlässliche Rahmenbedingungen im europäischen und deutschen Recht für einen funktionierenden Wasserstoffmarkt“, betont Vogler und Strasser ergänzt: „Wenn es um die Nutzung von Wasserstoff in Fahrzeugen geht, müssen wir zudem aus der bisherigen Entwicklung bei der E-Mobilität lernen. Eine geeignete Tankinfrastruktur ist Voraussetzung für den Erfolg von Wasserstoff-Technologie in Fahrzeugen, nicht erst eine Folge des Markthochlaufes. Vor allem dürfen wir nicht die Fehler der Energiewende wiederholen, wo aufgrund fehlender Stromnetzinfrastruktur die überschüssige Windenergie im Norden nicht im Süden ankommt. Hier sollte den Erzeugern von Wasserstoff auch die Möglichkeit eröffnet werden, an einer flächendeckenden Infrastruktur mitzuarbeiten und auch über ein Tankstellennetz Wasserstoff verkaufen zu dürfen. Diese bringen schließlich jahrzehntelange Expertisen an hohen Sicherheitsstandards und innovativer Technologie mit“.

Umfangreiche und lange Förderung notwendig

Die chemische Industrie kann mit innovativen Verfahren zu einer Marktdurchdringung von Wasserstoff beitragen. Derzeit sind die Herstellungskosten jedoch nicht wettbewerbsfähig. „Die regenerativ strombasierte Wasserstoffherzeugung ist mit höheren Kosten verbunden. Deshalb sollte für diese Zwecke die EEG-Umlage nicht erhoben werden“, so Vogler. Zudem müssen die bestehenden Förderprogramme ausgeweitet werden. Besonders bei den Laufzeiten sollte nachgebessert werden, da die bestehenden Zusagen des Bundes in Höhe von 650 Millionen Euro im Jahr 2024 enden sollen. „Die Förderprogramme sollen auslaufen, wenn sie am wichtigsten wären, um die heute noch fernen Breakthrough-Technologien nach 2030 auf industrielles Niveau in Deutschland zu bringen. Es besteht die Gefahr, dass die neuen Produktionsanlagen in Ländern mit günstigeren Rahmenbedingungen errichtet werden, um Deutschland von dort zu beliefern. Auf der Strecke bleiben die deutschen Produktionsarbeitsplätze der Zukunft. Das lehnt die IG BCE entschieden ab. Im Vordergrund muss immer die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen sowie der Substanzerhalt von Unternehmen stehen, deshalb müssen neben Klimaschutz auch Beschäftigungssicherung und gute Arbeitsbedingungen eine zentrale Rolle spielen“, so Roland Strasser.

Technologieoffenheit gefordert

„Der chemischen Industrie ist der Beitrag zum Klimaschutz ein wichtiges Anliegen. Doch die derzeitige Verengung auf „grünen Wasserstoff“ in der politischen Debatte nimmt der Industrie Chancen“, so Vogler. Die Wasserelektrolyse ist aus seiner Sicht eine Schlüsseltechnologie. Doch erneuerbare Energie stehen in der EU nur begrenzt zur Verfügung. Daher sollte die Herstellung von Wasserstoff technologieoffen bleiben. Die chemische Industrie arbeitet bereits an kostengünstigeren Alternativen.

© 2020 IG-BCE Grafiken & Inhalte dieser Webseite sind urheberrechtlich geschützt

IG BCE - Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Kaiserstraße 26-30 | D-55116 Mainz

Telefon: 06131 28728-0 | Telefax: 06131 28728-25

E-Mail: lb.rps@igbce.de